

## Antrag

### der Fraktion der CDU/CSU

## Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die besorgniserregende Lage der deutschen Wirtschaft ist das Top-Thema dieser Tage. Die „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ hat ihre Wachstumsprognose für 2024 um 1,2 Prozent auf 0,1 Prozent gesenkt. Die Koalitionsfraktionen haben eine Diskussion unseres „Sofortprogramms“ vom 20. Februar 2024 (BT-Drucksache 20/10371) im zuständigen Wirtschaftsausschuss verwehrt, so dass eine abschließende Beratung im Plenum nicht stattfinden kann. Daher bekräftigen wir die entsprechenden Ausführungen und Forderungen wie folgt:

Während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wirtschaftlich wachsen, trüben sich die Aussichten für unser Land im Jahr 2024 weiter stark ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Im Gegensatz dazu ist das Bruttosozialprodukt von 2010 bis 2022 im Durchschnitt jedes Jahr um 1,3 Prozent gewachsen. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt. In der energieintensiven Industrie ging die Produktion im Dezember 2023 im Vergleich zum Vormonat um weitere 5,8 Prozent zurück. Der Kapitalabfluss aus Deutschland ist seit dem Jahr 2022 so groß wie nie zuvor und hält im Jahr 2024 weiter an. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland. Es wird kaum noch in Deutschland investiert, sondern im Ausland. Die Innovationsbereitschaft der deutschen Unternehmen, ein Maß für die zukünftige Entwicklung, ist nach einer DIHK-Umfrage auf dem niedrigsten Stand seit 2008. Das alles zeigt, dass der Standort Deutschland nicht mehr ausreichend wettbewerbsfähig ist.

Das bestätigen auch die wirtschaftlichen Akteure selbst: Die IG Metall-Vorsitzende spricht von einer „schleichenden Deindustrialisierung“, der BDI-Präsident nennt die Energiepolitik der Bundesregierung „skurril und blamabel“, der Arbeitgeberpräsident sagt, „die Unternehmen haben das Vertrauen in die Bundesregierung verloren“ und der Nobelpreisträger und ehemalige US-Energieminister Chu warnt vor einer „Abwanderung der Schwerindustrie aus Deutschland“.

Unserem Land drohen Wohlstandsverluste in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Deutschland braucht jetzt eine Wirtschafts- und Wachstumswende, eine Offensive für neue Wirtschafts- und Innovationskraft. Deutschland ist ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmern. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen deutlich verbessern. Um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen, braucht es nun

endlich die richtigen politischen Entscheidungen für die Planungs- und Investitionssicherheit der Wirtschaft – mit Maßnahmen von homöopathischer Wirkung ist dem Standort wenig geholfen. Neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Industrie ist jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen notwendig, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und zu stärken. Auch haushaltspolitisch wäre ein wirksamer Wachstumsimpuls positiv. Wenn Deutschland ein Wachstum wie der Durchschnitt der Eurozonen-Länder verzeichnete, führte allein dies zu deutlichen Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Interesse der Wirtschaft sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch im ersten Quartal wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit die deutsche Wirtschaft schnell aus der Rezession herausfindet, und dazu insbesondere

1. eine Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns wieder einzuführen, um die Arbeitskosten in Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu machen;
2. Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich zu begünstigen;
3. die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei zu stellen;
4. für Bürgergeldbezieher strengere Sanktionen einzuführen, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird;
5. steuerliche Entlastungen für Unternehmen umzusetzen. Es braucht jetzt eine spürbare Senkung der Belastung der Unternehmen, etwa über eine schrittweise Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende (thesaurierte) Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent;
6. die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum zu senken (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte schnellstmöglich zu halbieren;
7. die geplanten Steuererhöhungen für Landwirte vollständig zurückzunehmen;
8. mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen, indem eine wöchentliche anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit eingeführt wird, sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung zu ermöglichen;
9. sich auf EU-Ebene für den Stopp des Vorhabens einer „Europäischen Lieferkettenrichtlinie“ einzusetzen sowie das deutsche Lieferkettengesetz gesetzlich auszusetzen und zu überarbeiten;
10. den mit den Ländern vereinbarten Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung bis Ostern endlich auch gesetzlich umzusetzen und zu verabschieden. Zusätzlich sollte eine Genehmigungsfiktion bei Planungs- und Genehmigungsverfahren eingeführt werden: In einem weitgehend standardisierten Verwaltungsverfahren muss ein Antrag spätestens nach drei Monaten als genehmigt gelten;
11. eine solche Genehmigungsfiktion auch in das Baurecht für den privaten und gewerblichen Wohnungsbau einzuführen, denn damit könnte der Wohnungsbau in Deutschland schneller aus der Krise herauskommen;
12. ein Belastungsmoratorium umzusetzen, mit dem im ersten Schritt bis Ende 2025 keinerlei zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entsteht.

Berlin, den 10. April 2024

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**



